Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin
Der Bezirksverordnetenvorsteher
IX. Wahlperiode

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17 - 10405 Berlin
Telefon 90295 5002 / 5003
Fax 90295 6515
e-mail bvv-buero@ba-pankow.berlin.de

Internet http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/

Berlin, den 16. Juni 2022

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Fortführung der 7. ordentlichenTagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

am Mittwoch, dem 29.06.2022

um 17:30 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

ein.

Die Tagung der BVV kann im Livestream mitverfolgt werden (https://www.youtube.com/channel/UCt4uaISaAWcRCzrsocY2LrQ).

Verhaltensregeln zur Tagung der BVV:

- Beim Aufsuchen und Verlassen des eigenen Sitzplatzes wird das Tragen einer medizinischen Maske oder einer FFP2-Maske empfohlen.
- Personen, die am Sitzungstag Symptome einer COVID-19 Erkrankung aufweisen, werden gebeten, der Sitzung fernzubleiben!
- Nutzen Sie das im Sitzungssaal zur Verfügung stehende Desinfektionsmittel!
- Essen und Trinken ist im Sitzungssaal nicht gestattet!
- Bitte hinterlassen Sie keinen Müll!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Oliver Jütting

Berlin, den 16. Juni 2022

Tagesordnung

zur Fortführung der 7. ordentlichenTagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
am 29.06.2022

Lfd. Nr.	Drs. Nr.	*Gegenstand der Beratung*

Öffentlicher Teil

1		Komplex 1
1.70	**IX-0290**	**Antrag Fraktion der CDU, mitgezeichnet durch FDP** Aufgegebene Schulstandorte wiederbeleben – Rahmenbedingungen klären
1.71	**IX-0279**	**Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,** Informationsveranstaltung für ukrainische Geflüchtete und ihre Gastgeber:innen **Änderungsantrag Fraktion der SPD**
1.72	**IX-0270**	**Antrag Fraktionen der SPD und Linke,** Straßenbahnen und Busse wirksam beschleunigen **Änderungsantrag Fraktion der CDU**
1.74	**IX-0296**	**Antrag Fraktion der CDU,** Tennisclub Victoria Pankow e. V. retten
1.75	**IX-0286**	**Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mitgezeichnet durch Linke, SPD** Biotop Moorlinse Buch – Artenschutz und Klimaanpassung durch flächensparendes Bauen
1.78	**IX-0282**	**Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,** Gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz von Beschäftigten auch in Pankow sichern
1.79	**IX-0277**	**Antrag Fraktion der SPD, mitgezeichnet durch FDP** Wohin zum Gassi gehen - ein Hundeauslaufkonzept für Pankow **Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
1.90	**IX-0299**	**Antrag Fraktion der CDU, mitgezeichnet durch Linke, FDP** Ein integriertes Politikinformationssystem für alle Berliner Bezirke und das Abgeordnetenhaus von Berlin
1.91	**IX-0297**	**Antrag Fraktion der CDU,** Grundstücksspekulation zulasten der Berliner zukünftig verhindern **Änderungsantrag der Linksfraktion**
2		Komplex 2
2.17	**VIII-1543**	**Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /SB Bezirksamt,** Skateranlage im Bürgerpark freigeben
2.25	**IX-0159**	**Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /ZB Bezirksamt,** Gemeinschaftsschule am Standort des Kinderkrankenhauses Weißensee endlich umsetzen!

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0290

Antrag
Fraktion der CDU

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
15.06.2022 BVV BVV/007/IX

Betreff: Aufgegebene Schulstandorte wiederbeleben – Rahmenbedingungen klären

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, alle seit der Wiedervereinigung aufgegebenen Schulstandorte auf eine wieder zur Verfügungstellung für den Schulbetrieb zu prüfen. Hierfür wird das Bezirksamt dem zuständigen Ausschuss für Schule und Sport eine Auflistung der Standorte sowie deren derzeitige Nutzung, die Eigentums- und ggf. Vermietungsverhältnisse und die Möglichkeit der Rückführung in den originären Verwendungszweck aufzeigen.

Berlin, den 08.06.2022

Einreicher: Fraktion der CDU
David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:
_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend
_____
_____
_____

Begründung:

Der wachsende Bezirk Pankow sorgt an vielen Stellen für den Ausbau und Bau von Grundschulen, um damit den steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden. Plätze an Oberschulen sind im Bezirk Pankow derzeit nicht auskömmlich, so gehen 3000 Pankower Kinder bzw. Jugendliche auf Oberschulen in anderen Berliner Bezirken. Es ist daher geboten, alle Optionen zu prüfen, um dem steigenden Bedarf an Oberschulplätzen gerecht zu werden.

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0279

Änderungsantrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.06.2022	BVV	BVV/007/IX

Betreff: **Informationsveranstaltung für ukrainische Geflüchtete und ihre Gastgeber:innen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, eine Informationsveranstaltung für ukrainische Geflüchtete und ihre Gastgeber:innen in Kooperation mit der Zivilgesellschaft, den Stadtteil- und Familienzentren u.a. durchzuführen. Dabei soll insbesondere zu den Themen Rechtskreiswechsel, Lebensunterhalt, Wohnen und Schulbesuch informiert werden. Weiterhin soll das Bezirksamt eine Informationsreihe und Integrationsstrategie für die ukrainischen Geflüchteten konzipieren und im zuständigen Ausschuss nach den Sommerferien vorstellen.

Berlin, den 07.06.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
Roland Schröder, Henrik Hornecker

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:
_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für _____
mitberatend in den Ausschuss für _____
sowie in den Ausschuss für _____

Drs. IX-0279

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0270

Antrag

Fraktionen der SPD und Linke

Ursprung:
Antrag, Fraktionen der SPD und Linke
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.06.2022	BVV	BVV/007/IX

Betreff: Straßenbahnen und Busse wirksam beschleunigen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich für die Beschleunigung von Straßenbahnen und Bussen einzusetzen und diese zu ermöglichen, in dem ein schnelleres Durchkommen der Fahrzeuge durch Ausweitung, Verbreiterung oder erstmaliges Aufbringen von Abmarkierungen bzw. Sperrflächen erfolgt.

Bei Straßen unter der Verwaltung des Straßen- und Grünflächenamtes solle dazu kurzfristig mit der Berliner Verkehrsgesellschaft AöR eine Abstimmung und eine Umsetzung noch im Kalenderjahr 2022 erfolgen.

Soweit es sich um Straßen des Hauptstraßennetzes handelt, soll sich das Bezirksamt gemeinsam mit der Berliner Verkehrsgesellschaft AöR bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz für die Beschleunigung von Straßenbahnen und Bussen durch Erweiterung von Abmarkierungen bzw. Sperrflächen bzw. Aufbringen von Sperrflächen einsetzen.

Insbesondere sind die folgenden Maßnahmen zu prüfen und der Senatsverwaltung zur Umsetzung vorzuschlagen.

Ort	Vorgeschlagene Maßnahme
Berliner Straße vor Breite Straße in Richtung Buchholz bzw. Rathaus Pankow	Verlängerung der Busspur in der Berliner Straße zwischen Hausnummer 2-5, bis zur LZA, mit einseitiger Fahrstreifenbegrenzung auf der rechten Seite neben dem stadtauswärtigen Gleis (StVO Nr. 296)
Berliner Straße in Richtung Kupfergraben	kombinierte Tram- und Busspur von Berliner Straße 10 bis zur heutigen kombinierten Tram- und Busspur verlängern
Breite Straße vor Stiftsweg in Richtung Buchholz	Sperrfläche (StVO Nr. 298) von Breite Straße Nr. 48 bis LZA verlängern
Haltestellenkaps Friedrich-Engels-Straße/Eichenstraße (M1)	zwischen den Gleisen mit Fahrbahnbegrenzung (StVO Nr. 295) markieren
Grabbeallee zwischen Tschaikowskistr. und Pastor-	vorhandene Markierung erneuern

Ort	Vorgeschlagene Maßnahme
Niemöller-Platz	
Kastanienallee vor Zionskirchstraße in Richtung Kupfergraben bzw. Veteranenstraße	Grenzmarkierung für Halt- und Parkverbote (StVO Nr. 299) für den Rechtsgleisbogen ab Kastanienallee Nr. 49
Langhansstraße vor Antonplatz in Richtung Warschauer Straße (Linien M13 und 12)	Sperrfläche (StVO Nr. 298) ab der Hausnummer 153 bis zur LZA / eine kombinierte Abbiegespur links und rechts ausreichend / derzeitig 2 Linksabbiegespuren
Langhansstraße vor Prenzlauer Promenade in Richtung Virchow-Klinikum bzw. Steinberg	Abmarkierung des Gleises mit einer Sperrfläche (StVO Nr. 298) ab Langhansstraße 74 bis Prenzlauer Promenade
Haltestellenkaps Nordendstraße (Linie M1)	zwischen den Gleisen mit Fahrbahnbegrenzung (StVO Nr. 295) markieren
Schönhauser Allee vor Eberswalder Straße in Richtung Kupfergraben	vorhandene Sperrfläche von Schönhauser Allee Nr. 139A bis LZA Eberswalder Straße erweitern und Fahrspuren durch Markierung entsprechend nach rechts verschwenken
Schönhauser Allee vor Wisbyer Straße in Richtung Bhf. Pankow	vorhandene Sperrfläche von Schönhauser Allee Nr. 88 bis Nr. 89 erweitern und Fahrspuren für Geradeaus-Richtung durch Markierung entsprechend nach rechts verschwenken
Schönholzer Straße vor Wollankstraße in Richtung Kupfergraben	kombinierte Tram- und Busspur von Schönholzer Straße 2 bis an die LZA verlängern
Haltestellenkaps Schwedter Straße (M1 bzw. 12)	zwischen den Gleisen mit Fahrbahnbegrenzung (StVO Nr. 295) markieren
Tino-Schwierzina-Straße vor Romain-Rolland-Straße in Richtung Heinersdorf	Sperrfläche (StVO Nr. 298) von Hausnummer 3 (Tino-Schwierzina-Straße) bis LZA
Wilhelmsruher Damm vor Hauptstraße (Rosenthal) in Richtung Pastor-Niemöller-Platz	die vorhandene Sperrfläche ist zu schmal, ca. 10 cm in Richtung rechten Fahrbahnrand, siehe o.g. Richtung, verbreitern

Der BVV ist jährlich in einer VzK über den erreichten Umsetzungsstand zu berichten. Zwischenberichte sind vierteljährlich im Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung sowie der AG ÖPNV vorzutragen.

Berlin, den 07.06.2022

Einreicher: Fraktionen der SPD und Linke,
SPD-Fraktion, Katja Ahrens, Roland Schröder
Linksfraktion, Wolfram Kempe, Kirsten Wechselberger, Matthias Zarbock

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:
_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend
_____
_____
_____

Begründung:

Ein gut funktionierender ÖPNV-Betrieb ist nicht nur für die Fahrgäste von Vorteil. Mehr Sicherheit und weniger Stillstand aufgrund von Stausituationen sowie ein beschleunigtes Durchkommen vor Kreuzungen und Lichtzeichenanlagen erhöhen die Zuverlässigkeit und die Reisegeschwindigkeit. Dadurch können im optimalen Fall effizientere Fahrzeug- und Personaleinsätze erfolgen, die für Angebotsverbesserungen und/oder Einsparungen genutzt werden können. Ein optimierter Einsatz ermöglicht darüber hinaus die Reduzierung von Emissionen und reduziert den Energieverbrauch. Das trägt zum Klimaschutz ebenso bei wie zur Dekarbonisierung.

Um derartige Verbesserungen im Bezirk Pankow zu ermöglichen ist es erforderlich, dass nunmehr die Erkenntnisse aus der AG ÖPNV der vergangenen Wahlperiode umgesetzt werden. Dazu soll sich das Bezirksamt eng mit der Berliner Verkehrsgesellschaft AöR abstimmen und im eigenen Zuständigkeitsbereich zügige Umsetzungen ermöglichen bzw. diese selbst herbeiführen. Bei den Pankower Hauptstraßen mit der Zuständigkeit auf der Landesebene soll sich das Bezirksamt in einem engen Schulterschluss mit der BVG auf eine ebensolche Umsetzung durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz einsetzen.

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0296

Antrag
Fraktion der CDU

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
15.06.2022 BVV BVV/007/IX

Betreff: Tennisclub Victoria Pankow e. V. retten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den seit Jahrzehnten bestehenden Tennisclub Victoria (TC) in der Hermann-Hesse-Straße 46 als Trainingsstätte vor allem für Kinder und Jugendliche zu erhalten. Hierzu soll das Bezirksamt alle ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergreifen, um eine Verlängerung des Pachtvertrags mit dem Eigentümer zu ermöglichen und prüfen, ob eine Unterstützung des Vereins aus der Sportförderung möglich ist. Weiterhin soll das Bezirksamt die Fläche generell als Sportanlage sichern.

Berlin, den 08.06.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
Lars Bocian, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:
_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend
_____
_____
_____

Drs. IX-0296

Begründung:

Seit 1952 wird dort Tennis gespielt. Der Standort ist wichtig für den Kinder- und Jugendsport. Ca. 330 Mitglieder trainieren dort, davon 110 Kinder und Jugendliche. Die Pacht sollte auf ein für den Club unbezahlbare Summe erhöht werden. Dann erfolgte die Kündigung. Muss der TC das Gelände räumen, verliert Pankow einen langjährigen Sportstandort und viele Kinder und Erwachsene Pankower ihren Trainingsplatz. Hier könnte das Bezirksamt als Vermittler tätig werden, ohne dass bezirkliche Finanzmittel nötig sind.

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0286

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:
Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.06.2022	BVV	BVV/007/IX

Betreff: **Biotop Moorlinse Buch – Artenschutz und Klimaanpassung durch flächensparendes Bauen**

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung bzgl. des Bebauungsplans 3-95 "Am Sandhaus" Buch dafür einsetzen, dass auf die im städtebaulichen Entwurf als Option dargestellte Blockrandbebauung nordöstlich des Biotops "Moorlinse" verzichtet wird – stattdessen kann der geplante Wohnraum durch klimaangepasstes, flächensparenderes Bauen im restlichen Baugebiet geschaffen werden.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans soll beim Aufstellungsbeschluss falls möglich entsprechend angepasst und/oder eine ausreichend große Pufferzone zum Biotop ohne diese anliegende Bebauung im weiteren Planungsprozess berücksichtigt werden.

Berlin, den 08.06.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:
_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

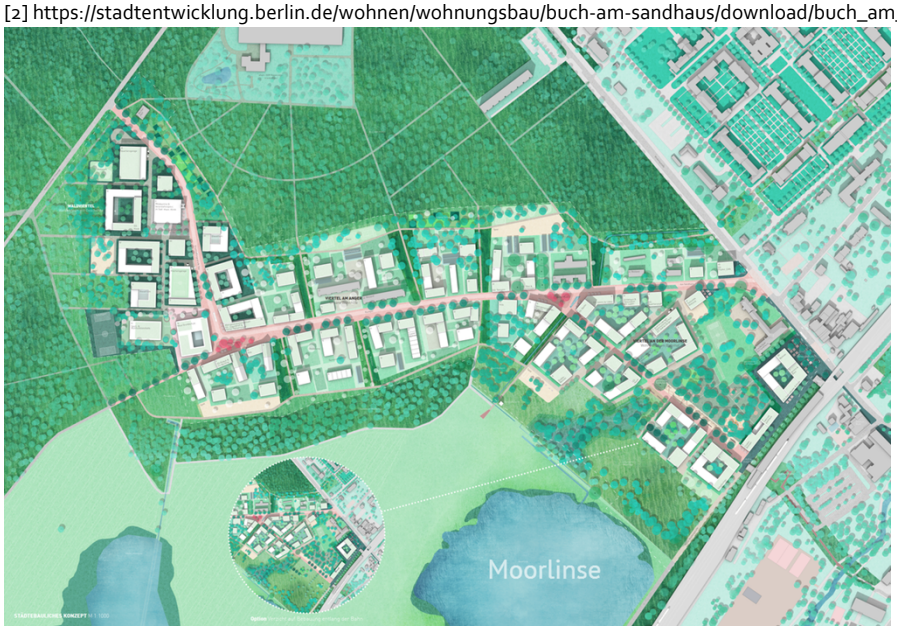
federführend

Drs. IX-0286

Begründung:

In der floristischen und faunistischen Bestandserhebung (2017) wird angegeben, dass das offene Gewässer "Moorlinse" mit ihrem Brut- und Rastbestand von Wasservögeln von herausragender und überregionaler Bedeutung ist. Es wird das Fazit gezogen, dass wegen der Nähe des geplanten Siedlungsgebietes zum LSG, insbesondere zur Moorlinse ist eine Pufferzone vorzusehen ist, die von einer Bebauung auszunehmen ist. Damit sollen in das Gebiet hineinwirkende Störungen minimiert werden. Das betrifft insbesondere die Moorlinse, wo die Pufferzone breiter ist als im übrigen Bereich.
Auf den BVV-Beschluss VIII-0221 "Moorlinse schützen – Umweltbildung ermöglichen" schrieb das Bezirksamt im Schlussbericht: "Weitergehende Pufferzonen um die Moorlinse und beruhigte Zonen sollen eingerichtet werden.", im Zwischenbericht: "Eine Erweiterung des Naturerfahrungsraumes (NER) nach Süden ist wegen der dort vorkommenden streng geschützten Arten nicht möglich.". Doch genau diese vorgeschlagene Erweiterungsfläche des NER soll jetzt offenbar mit zwei Wohnblöcken bebaut werden:
Auf der Seite der Senatsverwaltung [1] wird der städtebauliche Entwurf [2] (Abbildung unten) abgebildet, der die "Option" ohne Bebauung durch zwei Wohnblöcke nordöstlich der Moorlinse abbildet. In der im Ausschuss Stadtentwicklung am 2.6.2022 vorgestellten Planung ist beim städtebaulichen Masterplan (Stand 2/2022) noch die "Vorzugsvariante" (mit Bebauung nahe der Moorlinse) dargestellt, beim Entwurf des Rahmenplans (Stand 4/22) sind die beiden Wohnblöcke ebenfalls alternativlos enthalten.
Mit diesem Antrag wird der Antrag IX-0108 "Naturschutzgebiet Moorlinsen ausweisen und Lückenschluss Landschaftsschutzgebiet Buch" ergänzt, da eine Ausweisung der Schutzgebiete absehbar nach Aufstellung des Bebauungsplans erfolgen wird – und LSG- bzw. NSG eine Auswirkung auf die mittel- und langfristige Nutzung der gesamten Flächen südlich des Gebietes des Rahmenplans haben werden.

[1] https://stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnungsbau/buch-am-sandhaus/de/entwicklung.shtml
[2] https://stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnungsbau/buch-am-sandhaus/download/buch_am_sandhaus_sw_gh_ph3_lageplan.pdf



BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0282

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:
Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.06.2022	BVV	BVV/007/IX

Betreff: **Gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz von Beschäftigten auch in Pankow sichern**

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales dafür einzusetzen, dass

- - der im Haushaltsentwurf 2022/2023 für das Land Berlin im Einzelplan 11 vorgesehene personelle Aufwuchs für das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGeTSi) durch geeignete Maßnahmen zur Personalgewinnung schnellstmöglich umgesetzt wird

und

- - bis Herbst 2022 dem Abgeordnetenhaus von Berlin ein Konzept für eine Informations- und Beschwerdestelle für Arbeitsschutz vorgelegt wird.

Berlin, den 07.06.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Heike Schmidt, BV Helene Bond, BV Can Aru

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:
_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend
_____
_____
_____

Drs. IX-0282

Begründung:

Zunehmend werden insbesondere in den Unternehmen der Plattformökonomie Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz und diverse Regeln zum gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz beobachtet.

Arbeitsunfälle, Betriebswegeunfälle und Wegeunfälle (auf dem Weg zur Arbeit) häufen sich insbesondere bei Fahrer*innen von Lieferdiensten.

Das LAGeTSi hat gegenwärtig ca. 193 Mitarbeiter*innen, um die Arbeitsbedingungen von ca. 1,8 Mio. Beschäftigten in ca. 100.000 Betrieben zu kontrollieren. Die Quote der unbesetzten Stellen im LaGeTSi lag 2021 bei 28%. In Berlin schafft das LAGeTSi ca. 2% der Betriebe pro Jahr zu kontrollieren. Mit der momentanen Personalausstattung kann in Berlin rein rechnerisch nur ca. alle 33 Jahre jeder Betrieb auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben in Berlin kontrolliert werden.

Somit kann der vom Gesetzgeber vorgegebene Prüfauftrag (Unfallgefahren, Arbeitsmittel, Schadstoffbelastungen, 11 Stunden Freizeit zwischen den Schichten etc.) zum Schutz der Beschäftigten in allen Branchen vom LaGeTSi nicht umgesetzt werden.

Die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zum Arbeits-und Gesundheitsschutz muss auch in Betrieben ohne Betriebsrat gelten. Eine Informations- und Beschwerdestelle für Arbeitsschutz vorrangig für Arbeitnehmer*innen aus betriebsratslosen Unternehmen ist daher dringend erforderlich.

Zukünftig ist der*die „Beauftragte für Gute Arbeit" in Pankow im Rahmen der Funktionsbeschreibung laut Drucksache Nr.VIII-1212 vom 20.1.21 zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einzubinden.

Das gilt auch bei Verstößen gegen § 119 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) hinsichtlich der Behinderung von Betriebsratswahlen.

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0277

Änderungsantrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.06.2022	BVV	BVV/007/IX

Betreff: **Wohin zum Gassi gehen - ein Hundeauslaufkonzept für Pankow**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur geeignete Flächen für zusätzliche Hundeauslaufflächen im Bezirk Pankow zu identifizieren und ein Hundeauslaufkonzept zur Schaffung solcher Gebiete zu entwickeln.

Das Bezirksamt soll für dieses Konzept die notwendigen Merkmale einer geeigneten Fläche (Mindestgröße, Abgrenzung, evtl. Freigabe nur zu bestimmten Zeiten) erstellen und darlegen, welche Ausschlussgründe es für die Nutzung einer Fläche als Freilauffläche geben könnte (z. B. besonders schützenswerte Natur/Arten).

Generell ausgeschlossen werden sollen Flächen, in denen ein Hundefreilauf der Schutzgebietsverordnung, dem Denkmalschutz oder dem Charakter der Fläche als Gedenkort widersprechen. Bei der Erstellung oder Überarbeitung von Parkpflegwerken oder Pflege- und Entwicklungsplänen (PEP) sollen besonders sensible Bereiche identifiziert werden, in denen eine Hundemitnahme dem Schutz der Stadtnatur signifikant zuwiderläuft.

Vor der Ausweisung von Flächen sollen die Öffentlichkeit sowie Natur- und Tierschutzverbände beteiligt werden. Nach der Einrichtung der Freilauffläche soll eine Evaluation erfolgen, ob der gewünschte Steuerungseffekt für eine artgerechtere Haltung, den Schutz der Natur und die Einhaltung der Leinepflicht eingetreten ist.

Berlin, den 07.06.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:
_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend
_____
_____
_____

Drs. IX-0277

Begründung:

Seit 2022 ist jede:r Besitzer:in von ausgewachsenen Hunden verpflichtet, mit dem Tier mindestens zwei Mal täglich für mindestens eine Stunde im Freien Gassi zu gehen. Darüber hinaus ist „ausreichende Dauer" der Betreuung des Hundes durch seine Halter:in zu gewährleisten (vgl. BVV-Antrag VIII-1455 zur Hundemitnahme in Büros). Die Freilaufflächen sollten optimaler Weise so liegen, dass sie fußläufige im Rahmen einer "Gassistunde" zu erreichen sind.

Hunde haben als Sozialpartner eine große Bedeutung, insbesondere für ältere Menschen oder Menschen in besonderen Lebenslagen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des Lebens vieler Menschen und leisten damit einen wichtigen Beitrag gegen eine Vereinsamung in der Gesellschaft. Diesen Beitrag leisten sie für die Gesellschaft „kostenfrei". Im Gegenzug für die geleistete Arbeit sollte es ihnen ermöglicht werden, sich artgerecht zu bewegen - dazu gehört Freilauf. Jede:r Halter:in sollte sich vor der Anschaffung eines Hundes informieren, ob eine artgerechte Haltung am jeweiligen Wohnort möglich ist.

Hundefreilaufflächen können für besseres Miteinander von Menschen, Tieren und Natur sorgen. Nach einer Prüfung auf Flächenpotenziale und ggf. eine Ausweisung von Freilaufflächen kann die Leinenpflicht durch das Ordnungsamt besonders konsequent vollzogen werden, da es Angebote gibt bzw. diese begründet nicht geschaffen werden können.

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0299

Antrag
Fraktion der CDU

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
15.06.2022 BVV BVV/007/IX

Betreff: **Ein integriertes Politikinformationssystem für alle Berliner Bezirke und das Abgeordnetenhaus von Berlin**

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt Pankow wird empfohlen, sich an die Bezirksämter der weiteren elf Berliner Bezirke sowie an das Abgeordnetenhaus von Berlin zu wenden und zu eruieren, inwiefern ein gemeinsames, modernes und friktionslos agierendes Sitzungsmanagement- und Gremieninformationssystem bzw. Politikinformationssystem aufgebaut und implementiert werden kann.

Berlin, den 08.06.2022

Einreicher: Fraktion der CDU
David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:
_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für _____
mitberatend in den Ausschuss für _____
sowie in den Ausschuss für _____

Begründung:

Das Politikinformationssystem ALLRIS®net der CC e-gov GmbH ist für interessierte Bürger, Mitarbeiter der Verwaltung, die Presse- und Medienlandschaft, Bezirksverordnete, Bürgerdeputierte und deren Stellvertreter nicht intuitiv nutzbar. Auch bestehen Hindernisse hinsichtlich der Nutzung auf den verschiedenen (mobilen) Endgeräten. Das ALLRIS®net ist eine dezentrale Einheit und kann durch die verschiedenen Bezirke individualisiert werden. Dies führt zu weiteren Hindernissen für Anwender, ein zentraler Ansatz kann Friktionen beheben.

Bürger beklagen bei den verschiedenen Interessenvertretern und Mandatsträgern der Parteien und Fraktionen sowie in der Presse- und Medienlandschaft immer wieder ein Behörden-Ping-Pong, ein zentrales Gremieninformationssystem über alle Bezirke und das Land Berlin hinweg kann dem zum Teil Abhilfe schaffen, da Zuständigkeiten und Aktivitäten der Akteure für die Stakeholder transparenter werden. Für das Berliner Abgeordnetenhaus erfolgt die Realisierung der Parlamentsdokumentation durch die Endava Berlin GmbH. Die landesweite IT-Kompetenz hingegen wurde bei dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) AöR gebündelt. Ein einheitliches integriertes Politikinformationssystem für alle Bezirke und das Abgeordnetenhaus von Berlin auf dem aktuellen technischen Standard (u. a. APIs) und adäquater User-Experience sowie -Journey (u. a. responsive Webdesign, mobile Apps) bei einem IT-Dienstleister erscheint daher für alle Stakeholder zielführend.

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0297

Änderungsantrag

Linksfraktion

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.06.2022	BVV	BVV/007/IX

Betreff: **Grundstücksspekulation zulasten der Berliner zukünftig verhindern**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich beim Senat von Berlin nachdrücklich dafür einzusetzen, dass in zukünftigen Verträgen beim Verkauf von Grundstücken eine Rückkaufklausel in die Verträge aufgenommen wird, damit bei Wegfall der in Aussicht genommenen Nutzung eine Grundstücksspekulation durch die Erwerber in Berlin verhindert wird.

Berlin, den 08.06.2022

Einreicher: Linksfraktion
BV Matthias Zarbock

Abstimmungsergebnis:

	beschlossen
	beschlossen mit Änderung
	abgelehnt
x	vertagt

Abstimmungsverhalten:

	einstimmig
	mehrheitlich
	Ja-Stimmen
	Gegenstimmen
	Enthaltungen

		federführend
	überwiesen in den Ausschuss für	
	mitberatend in den Ausschuss für	
	sowie in den Ausschuss für	

Drs. IX-0297

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-1543

Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /SB

Bezirksamt

Ursprung:
Antrag, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Linksfraktion
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

16.06.2021	BVV	BVV/042/VIII	ohne Änderungen in der BVV beschlossen
15.06.2022	BVV	BVV/007/IX	vertagt
29.06.2022	BVV	BVV/Forts007/IX	

Betreff: **Skateranlage im Bürgerpark freigeben**

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 10.05.2022

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

x vertagt

Drs. VIII-1543

Bezirksamt Pankow von Berlin .2022

An die
Bezirksverordnetenversammlung

in Erledigung der
Drucksache-Nr.: VIII-1543

Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

Schlussbericht

Skateranlage im Bürgerpark freigeben

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des in der 42. Sitzung am 16.06.2021 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-1543

„Das Bezirksamt wird ersucht, die seit Mai 2021 gesperrte Skateranlage im Bürgerpark wieder zu öffnen. Dafür sind diejenigen Skate-Elemente die eine Gefahrenquelle darstellen von der Anlage zu entfernen und zumindest die asphaltierte Fläche für die Jugendlichen zu öffnen. Eine erneute Sperrung der Fläche soll erst direkt vor Beginn der Sanierungsarbeiten wieder erfolgen.

Des Weiteren wird das Bezirksamt ersucht, bei solch gravierenden Eingriffen in die wenigen bezirklichen Flächen für Jugendliche umgehend das Jugendamt und die Träger der Jugendhilfe vor Ort zu informieren sowie ein Informationsschild mit dem Grund der Sperrung am Absperrelement anzubringen.

Allgemeine Erklärungen wie: „Verkehrssicherung", oder „Gefahr im Verzug" etc. sind näher zu erläutern, so dass Jugendliche sich konkret etwas darunter vorstellen können und Verständnis für solche Maßnahmen entwickeln können."

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Der Auftrag für den Neubau der Skateanlage wurde Anfang September des vergangenen Jahres an eine Firma des Garten- und Landschaftsbaues erteilt. Leider kann die Baumaßnahme nicht, wie gehofft, bis Ende März 2022 fertiggestellt werden.

Die Skateelemente müssen größtenteils in einem Spezialwerk hergestellt werden und benötigen dann für den Einbau frostfreie Tage und Nächte. Coronabedingt kam es dort zu

Verzögerungen in der Abarbeitung des Auftrages und damit auch zur Verschiebung des ursprünglich geplanten Fertigstellungstermins.

Der Abriss der verbliebenen alten Anlage wird nun im April durchgeführt. In der 19. Kalenderwoche, ab dem 09. Mai, wird dann mit der Herstellung der Fundamente begonnen und die werkseitig vorgefertigten Skateelemente bis Mitte Juni eingebaut.

Die sonstigen Landschaftsbauarbeiten, TÜV-Prüfung und Abnahme werden voraussichtlich bis Ende Juli erfolgen. Wir gehen daher von einer Inbetriebnahme der Anlage bis spätestens Ende Juli 2022 aus.

In Abstimmung mit der Abteilung Jugend und Familie, Fachdienst 1-Allgemeine Förderung von jungen Menschen und Familien ist am 18.03.2022 ein „jugendgerechter" Aushang an der künftigen Baustelle befestigt worden (siehe Anlage). Das vom Straßen- und Grünflächenamt beauftragte Bauschild für die anstehenden Maßnahmen wird bis Ende März aufgestellt und wird die Aushänge des Jugendamtes ergänzen.

Wir bitten, die Drucksache damit als erledigt zu betrachten.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Manuela Anders-Granitzki
Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum

Anlage 1

Liebe Skater*innen,
lang habt ihr jetzt gewartet, aber nun können endlich die nächsten Schritte zum Bau der neuen Skateanlage hier im Bürgerpark verkündet werden.

Der Abriss der verbliebenen Anlage wird im April durchgeführt.
Ab dem 9. Mai wird dann mit der Herstellung der Fundamente begonnen und die Skateelemente können bis Mitte Juni eingebaut werden. Danach müssen noch Landschaftsbauarbeiten, TÜV-Prüfung und Abnahme erfolgen.Voraussichtlichtlich dauert das alles bis Ende Juli. Vielen Dank für eure Geduld in den letzten Monaten und bis dahin!

Bald geht's hier weiter!

Euer Team Kinder- und Jugendbeteiligung im Jugendamt Pankow,
beteiligung@ba-pankow.berlin.de

BERLIN

Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0159

Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /ZB

Bezirksamt

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD, Linksfraktion
Mitzeichnungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

23.03.2022	BVV	BVV/005/IX	ohne Änderungen in der BVV beschlossen
15.06.2022	BVV	BVV/007/IX	vertagt
29.06.2022	BVV	BVV/Forts007/IX	

Betreff: **Gemeinschaftsschule am Standort des Kinderkrankenhauses Weißensee endlich umsetzen!**

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 07.06.2022

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Drs. IX-0159

Bezirksamt Pankow von Berlin 2022

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.: IX-0159

Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

1. Zwischenbericht

Gemeinschaftsschule am Standort des Kinderkrankenhauses Weißensee endlich umsetzen!

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:
In Erledigung des in der 5. Sitzung am 23.03.2022 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: IX-0159 –
„Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dafür einzusetzen, dass eine zeitnahe Realisierung der Gemeinschaftsschule am Standort des ehemaligen Kinderkrankenhauses Weißensee erfolgt.
Die Bezirksverordnetenversammlung bekräftigt mit diesem Beschluss den Wunsch, den sie in der vergangenen Wahlperiode mit ihrem Beschluss vom 28.11.2018 (Druck-Sache: VIII-0667/2018) zum Ausdruck gebracht hat und unterstützt das Bezirksamt im Bemühen um eine zeitnahe Umsetzung.
Darüber hinaus soll sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass diese Maßnahme als Teil der Berliner Schulbauoffensive anerkannt wird. Dazu soll geprüft werden, ob die Baumaßnahme als sog. „Großschadensfall" eingestuft werden kann. Für den Fall, dass eine solche Einstufung nicht möglich ist, soll sich der Bezirk dafür einsetzen, dass die Baumaßnahme „Neubaumaßnahme" durch den Senat umgesetzt wird."
wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:
Das Bezirksamt, Abteilung Stadtentwicklung und Bürgerdienste, Stadtentwicklungsamt, hier Stabsstelle Koordination Infrastruktur-Standortentwicklung (KIS) im Auftrag des Schul- und Sportamtes, hat im Jahr 2018 eine Machbarkeitsstudie (MBS) zur Verortung einer Gemeinschaftsschule auf der Fläche des ehemaligen Kinderkrankenhauses Weißensee erstellt. Die Untersuchungen wurden in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und den beteiligten Fachämtern durchgeführt. Im Ergebnis hat die MBS ergeben, dass das Grundstück unter Inanspruchnahme der derzeitig vermieteten Fläche (Fressnapf) und im Sinne des Denkmalschutzes für die Realisierung einer Gemeinschaftsschule geeignet ist. Die planungsrechtliche Grundlage für die Realisierung der Gemeinschaftsschule bildet der § 34 (BauGB). Somit ist für die Realisierung kein B-Plan-Verfahren notwendig und das Grundstück würde sofort für die Umsetzung eines Schulstandortes zur Verfügung stehen. Der geplante Schulstandort ist im

Investitionsprogramm 2021 – 2025 des Landes Berlins verankert. Das Projekt kann damit aus Sicht des Bezirksamtes begonnen werden, sobald der Standort einer Baudienststelle durch den Senat zugewiesen wurde. Für den Neubau von Schulen ist die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zuständig, die Umsetzung der Maßnahmen wird durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in Zusammenarbeit mit der HOWOGE durchgeführt.
Aktuelle Zahlen des Schul- und Sportamtes weisen im Schuljahr 2021/2022 in der Schulregion 5 ein Schulplatzdefizit von 1,4 Zügen bzw. 202 Schulplätze aus. Nach idealtypischer Zügigkeit besitzt die Jahrgangsstufe 1 der Grundschulen dieser Schulregion zusammengenommen 444 Schulplätze. Laut Einwohnermeldeamt erwartet das Gebiet jedoch durchschnittlich ca. 700 Erstklässler bis zum Schuljahr 2027/2028. Darüber hinaus offenbaren die WoFIS Daten ein weiteres Bevölkerungswachstum durch Wohnungsneubau der Kategorien kurz- bis mittelfristiger Realisierungsperspektive in dieser Schulregion von mindestens 1174 Grundschüler*innen.
Diesem Bevölkerungswachstum stehen im Bezirk entsprechende Schulbaumaßnahmen entgegen. Bis zum Schuljahr 2023/2024 ist eine Erweiterung der Grundschule in der Rennbahnstraße um weitere 4 Züge vorgesehen. Parallel dazu ist für die Grundschule am Hamburger Platz bis zum Schuljahr 2026/2027 eine temporäre Erweiterung mittels Pankower Modulbauten um 0,5 Züge vorgesehen.
Im Sekundarbereich 1 (SEK 1, Klassenstufe 7 – 10) wird es dem Bezirk nicht gelingen, bis zum Schuljahr 2030/2031 alle in Pankow wohnhaften Schüler*innen mit einem Schulplatz versorgen zu können. So fehlen nach aktuellem Stand bis zum Schuljahr 2030/2031 knapp 6000 Schulplätze allein in der SEK 1. Diese Erkenntnis aus dem Schulentwicklungsplan (SEP Pankows 2021 – -2025) wurde auch im Monitoring mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie vom März 2022 bestätigt, wonach bei Realisierung aller Planungsvorhaben, inklusive der Hansastraße 180, im Bezirk zwei weitere Oberschulstandorte zu errichten sind. Auch die berlinweite Verteilung von Oberschüler*innen stößt bereits an seine Grenzen, sodass Pankow nun dringend das Saldo, das sich aus den Schülerwanderungen für den Bezirk ergibt, ausgleichen muss. In der Summe haben sich der bezirkliche Schulträger im Benehmen mit der zuständigen Senatsbildungsverwaltung auf die zügige Aufnahme des Standortes an der Hansastraße in eine laufende BSO Tranche verständigt. Sobald weitere Schulgrundstücke Planungsreife (Abschluss laufender B-Planverfahren) erlangen, werden auch diese für die Zuordnung zu einer Baudienststelle im Rahmen der BSO bewertet.
Der Ausbau der Sekundarstufe 2 (SEK 2) ist im Schulmonitoring 2020/2021 erstmals festgelegt und auf 30% aller Integrierten Sekundarschulen (ISS)/Gemeinschaftsschulplätze (GemS) beziffert. Bei einer derzeitigen Quote von 15% ist es notwendig, alle in der Planung befindlichen Schulneubauvorhaben im Bereich der ISS/GemS von Beginn an mit einer eigenen Sekundarstufe 2 auszustatten. Die Hansastraße ist als neue Gemeinschaftsschule fest im Bezirk eingeplant und dient dazu, das Schulplatzdefizit im Primarbereich innerhalb der Schulregion 5 und darüber hinaus im Sekundarbereich bezirksweit zu minimieren.
Die aktuelle Situation hat das Bezirksamt bereits mehrfach der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) übermittelt. Das Bezirksamt bemüht sich insbesondere intensiv um die Aufnahme des Projektes in die überbezirkliche Dringlichkeitsliste der TaskForce Schulbau (Neubau-ÜDL). Hierzu wurde SenBJF zuletzt am 10.08.2021 kontaktiert und um entsprechende Unterstützung gebeten. Auf die vorangegangenen Schreiben hatte SenBJF jeweils geantwortet, dass gegenwärtig die Frage der Baudienststelle noch geklärt wird. Einen aktuelleren Stand gibt es derzeit nicht.
Ebenfalls noch in Klärung befindet sich die Frage, welchem Vermögensträger das Grundstück bzw. die Liegenschaft, auf dem sich das ehemalige Kinderkrankenhaus Weißensee befindet, zugeordnet wird. Das Grundstück soll aus dem Treuhandvermögen des Liegenschafsfonds

ausgegliedert werden, eine neue Zuordnung zu einem anderen Vermögens- bzw. Finanzträger ist jedoch aus Ermangelung einer Baudienststelle (s. o.) noch nicht erfolgt. Damit verbleibt die Liegenschaft aktuell in der Zuständigkeit der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM).
Das Bezirksamt hat der Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) seinerseits bereits mehrfach mitgeteilt, dass eine Neuclusterung des Grundstücks erst nach Klärung der Frage der Baudienststelle erfolgen kann und SenFin deshalb um Unterstützung gegenüber SenBJF gebeten.
Wie bereits erwähnt, sind aus Sicht des Bezirksamtes die grundlegenden Fragen durch die MBS geklärt. Auch die Finanzierung ist grundsätzlich über das I-Programm geklärt. Die Zuordnung zu einer Baudienststelle hat durch den Senat zu erfolgen.
Anfang April hat Herr Bezirksbürgermeister Benn mit den zuständigen Bezirksstadträtinnen in einem Schreiben an Frau Staatssekretärin Dreher, Herrn Staatssekretär Slotty und die Senatsbaudirektorin Frau Prof. Kahlfedt den Sachverhalt dargestellt und um ein Krisengespräch unter Teilnahme aller relevanten Akteure gebeten. Dieser Abstimmungstermin zum potentiellen Schulstandort ist für den 02.06.2022 terminiert und es werden der Bezirksbürgermeister Herr Benn, Frau Staatssekretärin Dreher, Herr Staatssekretär Slotty, zwei Vertreter der BIM und Vertreter des Stadtentwicklungsamtes teilnehmen.
Das Bezirksamt wird hier weiterhin eine Klärung einfordern und die BVV im zuständigen Ausschuss unterrichten.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

Keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Rona Tietje
Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung und Bürgerdienste